



Sarkozy: Europa braucht "mehr Politik"

Europa habe keine Zeit mehr zu verlieren, um das Vertrauen der Bürger wiederzugewinnen, so Nicolas Sarkozy heute in seiner Rede vor dem Europäischen Parlament. Das Nein Frankreichs zur Verfassung sei keine Ablehnung Europas gewesen, vielmehr der Ausdruck "größere Forderungen" an Europa. Mit dem Reformvertrag würde zwar die "institutionelle Krise" gelöst, nicht aber die "moralische und politische Krise" Europas. Europa brauche "mehr Politik", müsse Entscheidungen treffen und handeln.

"Ihr Besuch ist eine große Ehre für das Europäische Parlament", so EP-Präsident Hans-Gert Pöttering vor Beginn der Rede Sarkozys. In der europäischen Einigungsgeschichte seien bedeutende Anstöße und Fortschritte auf französische Initiativen zurückzuführen. Umso mehr habe es geschmerzt, dass die Bürgerinnen und Bürger Frankreichs dem EU-Verfassungsvertrag in einem Referendum eine Absage erteilten. Präsident Sarkozy habe seine Entschlossenheit und sein Engagement für Europa und die europäische Einigung während des EU-Gipfels im Juni, als weitgehend Einigung über den Reformvertrag erzielt wurde, unter Beweis gestellt.

Zu Beginn seiner Rede bedankte sich der französische Präsident für die Gelegenheit vor dem Europäischen Parlament zu sprechen, dies sei der Ort, "an dem das demokratische Herz Europas schlage". Auch sei der Zeitpunkt dieser Begegnung wichtig, nachdem Europa zu wanken schien, sich nun aber wieder auf dem richtigen Weg befinde.

Nein Frankreichs zur Verfassung war keine Ablehnung Europas

Sarkozy machte deutlich, dass das "Nein" der französischen Bevölkerung zur Europäischen Verfassung keineswegs ein Ausdruck der Ablehnung Europas gewesen sei, sondern vielmehr der Ausdruck einer "viel größeren Forderung an Europa".

Seit seinen Anfängen sei Europa durch eine große Hoffnung genährt und gewachsen - eine Hoffnung auf Frieden, Brüderlichkeit und Fortschritt. Eine Hoffnung, die durch die zahlreichen Tragödien dieses Jahrhunderts geboren wurde. Die Hoffnung, dass sich die europäischen Völker niemals mehr bekriegen werden.

Auch der europäische Gedanke musste erst geboren werden, so Sarkozy. Deshalb gaben sich eines Tages die größten Europäer die Hand und begruben ihren Hass. Die europäischen Völker wussten, dass ein neuer Krieg das Ende bedeutet hätte. So wurde das gemeinsame Schicksal besiegelt.

Ablehnung der Verfassung führte in die Krise, war aber auch eine Chance

Wenn Völker "Nein" sagen, so Sarkozy in seiner Rede, so könne man nicht einfach sagen, sie hätten Unrecht. Man müsse sich vielmehr fragen, warum sie "Nein" sagen.

Es sei kein Geheimnis, dass die französische und die niederländische Bevölkerung in einem Referendum gegen die Europäische Verfassung gestimmt haben. Doch dies sei mehr als "die Ablehnung gegen einen Text".

Diese Ablehnung habe Europa in eine "Misstrauenskrise" gestürzt. All diejenigen, die Europa lieben und die wollen, dass deren Stimme gehört werde, müssten dieses "Nein" zur Verfassung ernst nehmen. Es sei ein "Ausdruck von Angst" gewesen, ein Gefühl, Europa sei ihnen gegenüber gleichgültig geworden.

Dieses "Nein" sei eine "Katastrophe" gewesen, betonte Sarkozy noch einmal, es stürzte Europa in die "schwerwiegendste Krise" seiner Geschichte. Aber es war auch eine Chance für Europa, denn alle hätten über die Gründe dieser Ablehnung nachdenken müssen.

Für Mehrheitsentscheidungen und gegen das Einstimmigkeitsprinzip

Die Vielfalt der Meinungen in Europa sei "keine Bedrohung", Europa wäre dem Tode geweiht mit einem Einheitsgedanken. Man müsse diesen Reichtum an Meinungen akzeptieren und fördern. Demokratie sei "Debatte und die Pluralität der Meinungen", das Gegenteil eines Systems, in dem alle gezwungen sind, das gleiche zu denken.

Sarkozy betonte, er glaube an die Demokratie, einen offenen Geist, Respekt vor der Meinung anderer, an die Kraft der Überzeugung. Er glaube an Austausch und Diskussion. Dies sei auch der Grund, warum er für Mehrheitsentscheidungen eintrete und gegen das Einstimmigkeitsprinzip sei.

Europa braucht "mehr Politik"

Er sei davon überzeugt, dass Europa eine stärkere Debatte, mehr Demokratie und im Grunde genommen "mehr Politik" brauche und nicht weniger. Wenn Europa aus der Sackgasse kommen wolle, müsse es politische Entscheidungen treffen. Auf dem Gipfel in Brüssel wurde ein gemeinsamer Wille von Erfolg gekrönt.

Politik sei es gewesen, Frankreich, das gegen den Verfassungsvertrag gestimmt hatte, einen vereinfachten Vertrag vorzulegen - mit dem Ziel Europa aus der Sackgasse zu führen.

Er wäre ein Fehler zu glauben, so Sarkozy, dass mit dem Reformvertrag alle Probleme gelöst seien. Er würde zwar die "institutionelle Krise" lösen, nicht aber die moralische und politische Krise Europas. Es bleibt an Europa, weitere Entscheidungen zu treffen und zu handeln. Der Vertrag sage nichts darüber aus, wie er das Leben der Bürger verbessere. Diese politischen Fragen müssten geklärt, eine Debatte ohne Tabu geführt werden.

Über die europäische und die nationale Identität diskutieren

Es müsse auch über die europäische und die nationale Identität diskutiert werden, so Sarkozy, z.B. wie man die nationalen Identitäten schützen könne, die den größten Reichtum Europas darstellen würden.

Die europäischen Völker würden sich momentan in einer Identitätskrise befinden, was auch mit der Globalisierung und der Vermarktung der Welt zusammenhängen würde. Zu Beginn sei Europa mit der Wirtschaft, mit Kohle und Stahl, mit seinem Handel ein "Geniestreich der Gründerväter" gewesen. Aber die Politik hinkt hinter der Wirtschaft zurück, und noch mehr hinter der Kultur.

Europa muss seine Werte verteidigen

Europa müsse die Werte verteidigen, die kulturelle Vielfalt. Zudem müsse es gewährleisten, dass es nicht als Bedrohung der Identitäten verstanden wird, sondern als deren Schutz. Europa müsse die Menschenrechte überall in der Welt, in alle Regionen tragen, unterstrich Sarkozy.

Alle hätten unterschiedliche Ideen und Sichtweisen zu einzelnen Themen. Aber dies wäre kein Grund, nicht darüber zu reden. Man müsse so lange darüber diskutieren, bis eine gemeinsame Politik erreicht würde.

All diese Fragen würden zu den Prioritäten der französischen Präsidentschaft zählen.

"Europa braucht Großbritannien"

Frankreich könne sich nicht zu allen Themen äußern, aber es müsse seinen "Platz in Europa" einnehmen, unterstrich Sarkozy. Er wolle eine Politik führen, die "eng und mit vollem Vertrauen" an Europa geknüpft sei. Alle Nationen müssten gemeinsame Anstrengungen unternehmen. Dies wäre der Grund, warum er sich so sehr darum bemüht habe, Großbritannien zu überzeugen, den vereinfachten Vertrag zu unterzeichnen. "Europa braucht Großbritannien", so Sarkozy.

Aber auch die Länder des Ostens müssten das Gefühl haben, zu Europa zu gehören. Auch wenn sie erst später zu Europa hinzu gestoßen seien, hätten sie "die gleichen Rechte wie alle anderen Staaten". Das sei der "europäische Geist".

Europa würde aber auch ein starkes Frankreich brauchen, das die Dynamik Europas mit beeinflusst. Deshalb verfolge er eine Reformpolitik, die auch im Interesse Europas sei. Sarkozy betonte, er wolle die Finanzen sanieren und zu seinen Wahlversprechen stehen. Diese Reformpolitik wolle er bis zum Ende durchführen - für Frankreich und für Europa.

Europa habe keine Zeit mehr zu verlieren um "sich all diesen Herausforderungen zu stellen". Europa habe keine Zeit mehr zu verlieren, um "das Vertrauen der Bürger wiederzugewinnen". Europa habe schon genug Zeit verloren, so Sarkozy abschließend.

Kontakt :

Andreas KLEINER

Referat Redaktion & Veröffentlichung

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

BXL: (0032-2) 28 32266

STR: (0033-3) 881 72336

PORT: (0032) 498 98 33 22

Gabriele FELSTERL

Referat Redaktion & Veröffentlichung

E-Mail: presse-DE@europarl.europa.eu

BXL: (0032-2) 28 41027

STR: (0033-3) 881 73782